

Bremerhaven, 26.02.2025

Anfrage - Nr. StVV - AF 7/2025 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.03.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Zukunft nicht verschlafen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)

Das Hafenressort in Bremen hält am Projekt Energyport in Bremerhaven fest. Klar ist, dass Finanzmittel des Landes Bremen für einen neuen Terminal am Blexer Bogen in den nächsten Jahren nicht zur Verfügung stehen und die ökologischen Auswirkungen im Weser-Ästuar noch nicht bekannt sind. Der zuständige Staatsrat im Hafenressort sieht laut Bericht in der Nordsee-Zeitung vom 6. Januar 2025 keinen Grund, zusätzliche und kurzfristig umsetzbare Alternativen für den Umschlag und die Montage von Windenergie-Anlagen zu entwickeln.

Ein neuer Terminal „Energyport“ kann frühestens ab dem Jahr 2035 in Betrieb gehen. Dies bedeutet mindestens 10 Jahre Stillstand in Bremerhaven für eine der bedeutendsten Wirtschaftsbranchen Deutschlands, zumal angesichts des erforderlichen Ausbaus der Windenergie die richtungweisenden Entscheidungen in den entsprechenden Unternehmen jetzt getroffen werden. Bremerhaven braucht dringend neue und qualifizierte Arbeitsplätze. In der Offshore- und Onshore-Branche werden sie entstehen. Die Frage ist nur, ob sie auch in Bremerhaven entstehen.

Wir fragen den Magistrat:

1. Stimmt der Magistrat zu, dass vor dem Hintergrund der Risiken hinsichtlich der Realisierung des Projektes „Energyport“ kurzfristig Standortalternativen für den Umschlag und die Montage von Windenergieanlagen an den vorhandenen Terminals in Bremerhaven umgesetzt werden müssen, um bis zum Zeitpunkt einer Inbetriebnahme eines „Energyport“ den Windenergieunternehmen attraktive Standorte anzubieten?
2. Wenn Ja: In welcher Form und zu welchen Zeitpunkten hat sich der Magistrat hierfür eingesetzt?
3. Wenn Nein: Warum nicht?
4. Wird sich der Magistrat gegenüber der Bremer Landesregierung und der BLG LOGISTICS GROUP AG & Co.KG dafür einsetzen, dass sich im südlichen Abschnitt der Stromkaje, der seit geraumer Zeit nicht für den Umschlag von Containern benötigt wird, Unternehmen aus dem Bereich Windenergie zeitnah ansiedeln und die vorhandene Kaje sowie Terminalflächen für Windenergie-Anlagen unabhängig von den bisherigen Terminalbetreibern nutzen können?
5. Wenn Ja: In welcher Weise wird der Magistrat dies tun?
6. Wenn Nein: Warum nicht?

Claudius Kaminiarz und

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P